

Angela Schweizer

Die Ökonomie des Zwischenlandes Informelle Beschäftigungsfelder undokumentierter Subsahara-Migrant_innen im Norden Marokkos

1. Einleitung

Der folgende Artikel skizziert die Ergebnisse einer ethnografischen Studie unter undokumentierten Migrant_innen aus Subsahara-Afrika, die ich von Januar bis April 2015 in Marokko durchgeführt habe.¹ Die für diesen Artikel ausgewerteten Forschungsergebnisse verhandeln die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Subsahara-Migrant_innen im Königreich Marokko. Wie gelingt es ihnen, Handlungsmacht zu entfalten und ihr Überleben zu sichern inmitten des Spannungsfeldes des nordafrikanisch-europäischen Grenzregimes? Ausgangspunkt meiner Forschung war die immer engere Zusammenarbeit der Europäischen Union (EU) mit dem Königreich Marokko, das als Transitland insbesondere für westafrikanische Migrant_innen auf ihrer Reise nach Europa gilt. Durch die Abschottungspolitik Europas wurden die See- und Landesgrenzen zwischen Marokko und Spanien aufgerüstet und militarisiert. Dies führt jedoch keineswegs dazu, dass die Grenzen geschlossen sind. Rund um die Grenzorte und Seewege hat sich in Marokko in den letzten Jahren ein hoch professionalisiertes, informelles Schleusernetzwerk entwickelt. Militär und Polizei sind darin genauso involviert wie kriminelle Gruppierungen aus der lokalen Bevölkerung und Subsahara-Migrant_innen, für die das Anwerben anderer Migrant_innen, die den gefährlichen Seeweg nach Spanien auf sich nehmen, eine der wenigen Möglichkeiten zum Gelderwerb in Marokko ist.

Die Analyse dieser und anderer informeller Wirtschaftszweige im Transitland Marokko ist Gegenstand meines Artikels, es geht wesentlich um die Auswirkungen

1 Die Feldforschung fand statt im Rahmen meiner Datensammlung für die Masterarbeit an der Freien Universität Berlin. Ich forschte in den marokkanischen Städten Tanger, Nador, Rabat. Die von mir angewandten ethnologischen Forschungsmethoden waren teilnehmende Beobachtung und dichte Beschreibung. Zusätzlich führte ich strukturierte Leitfadeninterviews mit Subsahara-Migrant_innen sowie mit marokkanischen und europäischen Vertreter_innen nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen.

gen der EU-Abschottungspolitik auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Subsahara-Migrant_innen in Marokko. Mein Fokus liegt auf den ökonomischen Aktivitäten, die Subsahara-Migrant_innen das Überleben sichern. Der Großteil der Migrant_innen verbringt viele Jahre innerhalb des Landes mit dem Versuch, die benötigten finanziellen Mittel (zwischen 400 und 5.000 Euro, je nachdem, ob See- oder Landweg) für den Grenzübertritt zu generieren. Die Kriminalisierung der Migration und der damit einhergehende rassistisch reglementierte Arbeitsmarkt verdrängen Subsahara-Migrant_innen fast völlig aus der marokkanischen Gesellschaft. Der Straßenverkauf, ein leicht zugänglicher Erwerbszweig, ist in den meisten großen Städten nahe der spanischen Grenze für Subsahara-Migrant_innen verboten, genauso wie das Taxifahren. Daher arbeiten die Migrant_innen „heimlich“, beispielsweise an Flughäfen. Unbemerkt versuchen sie, Reisende anzusprechen und ihre Fahrdienste anzubieten. Aber auch im Straßenverkauf sind Migrant_innen oft heimlich tätig, tragen ein paar Armbänder oder Ketten mit sich, um diese etwa in der Medina (Altstadt) Tourist_innen anzubieten.

Des Weiteren analysiere ich die Entstehung und Struktur der informellen Camps in den Wäldern vor den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, die bereits seit einigen Jahren existieren. Mehrere hundert Migrant_innen leben dort im Wald. Ihre finanziellen Ressourcen sind für ein Leben in den Städten nicht ausreichend. Sie sind sie größtenteils abhängig von Lebensmittel- und Sachspenden europäischer Hilfsorganisationen und der marokkanischen Zivilgesellschaft. Abschließend werde ich auf die zentralste Überlebenssicherung der Migrant_innen im Transitland eingehen, nämlich die Transferüberweisungen. Die Mehrheit der Migrant_innen in den Städten ist angewiesen auf Überweisungen aus dem Herkunftsland oder von Familienangehörigen und Freund_innen in Europa. Ich habe allen meinen Informant_innen den vertraulichen Umgang mit den von ihnen zur Verfügung gestellten Daten zugesichert und im Folgenden aus Gründen der Anonymität ihre Namen geändert.

2. Gründe für Migration und Flucht

Die 15 von mir interviewten Migrant_innen kommen aus Mali, Kamerun, der Elfenbeinküste, Guinea und dem Senegal. Ihnen allen gemeinsam ist das Ziel der „Arbeitsmigration“, was bedeutet, dass Arbeit in all unseren Gesprächen von zentraler Bedeutung war.² Dabei ging es sowohl darum, Transferüberweisungen

2 Im Folgenden verwende ich häufig die Begriffe MigrantInnen und Flüchtlinge: Laut der Genfer Konvention von 1951 steht der Status des Flüchtlings all jenen zu, die verfolgt werden „wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten

(Remittances) an ihre Herkunftsfamilie zu schicken, als auch selbst etwas sparen zu können und die Chance auf ein Leben ohne Armut und Existenzängste wahrzunehmen. Im Gegensatz zu der verbreiteten Annahme, dass teilweise das ganze Dorf oder die Familie zusammengelegt hat, um die Reise zu finanzieren, berichteten mir meine Informant_innen, dass sie meist aufgebrochen sind, ohne jemanden zu benachrichtigen, manchmal nicht einmal die eigene Mutter. Der Abschied wäre sonst zu schmerzhaft gewesen. Außerdem wäre „la honte“ (die Schande) zu groß, sollte das Migrationsprojekt nicht erfolgreich sein, wenn im Vorfeld das Dorf darüber informiert war. Zudem hatten sie Angst vor „mauvaises bouches“ (bösen Mündern), die sie verwünschen und ihr Vorhaben in letzter Sekunde zunichtemachen könnten. Ihr Erspartes trugen sie bei sich, bis es aufgebraucht war, und dies war meist spätestens in Marokko der Fall. Im Folgenden werde ich exemplarisch auf die Situation in den zwei Ländern Westafrikas eingehen, aus denen der Großteil meiner Informant_innen stammt: Senegal und Guinea.

Im Senegal liegen die Gründe für die Perspektivlosigkeit vor allem in Fischerei und Landwirtschaft: Ausländische Flotten überfischen seit Jahren illegal die Meere und zerstören die Lebensgrundlage der einheimischen Fischerei. Durch ein im Jahr 2014 geschlossenes Abkommen erhielt beispielsweise die EU die Rechte, pro Jahr 15.000 Tonnen Thunfisch vor den Küsten Senegals zu fangen. Im Gegenzug bezahlt sie der senegalesischen Regierung 15 Millionen Euro. Ein zusätzliches Problem ist das *Landgrabbing*, bei dem Land an ausländische Investoren verkauft wird, um es anschließend zum Anbau und Export von Nahrungsmitteln zu verwenden. Trotz alledem gilt der Senegal als demokratisches und politisch stabiles Land. Die erfolgreiche Protestbewegung *Y'en ai marre* (Jetzt reicht's), konnte ein drittes Mandat des damaligen Präsidenten Abdoulaye Wade verhindern, worauf die Bevölkerung stolz ist. Migration ist auch eine Protestform der überwiegend jungen senegalesischen Bevölkerung, die sich gegen neokoloniale Ausbeutung

sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ und sich deswegen außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. (UNHCR 1967, zit. n. Holert/Terkessidis 2006: 81). Diese Definition verursachte von Beginn an Probleme und unterschlägt die Komplexität von Migration und Flucht. Das Flüchtlingskommissariat teilt Migration lediglich in „gewaltsam“ und „freiwillig“ (da ökonomisch). Strukturelle Gewalt, d.h. Armut, Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit, werden dabei nicht anerkannt und führen immer mehr zu einer Kriminalisierung der Migration (ebd.: 82). Nach europäischem Flüchtlingsrecht kann davon ausgegangen werden, dass meine Informant_innen als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge klassifiziert werden und somit sehr geringe Chancen auf ein Bleiberecht in Europa haben. Gleichzeitig ist ein Asylantrag ihre einzige Möglichkeit, zumindest vorläufig innerhalb der europäischen Grenzen bleiben zu können. Die Beantragung eines Visums in ihrem Heimatland ist für sie aussichtslos. Durch die Tatsache, dass es für sie keine legalen Einreisemöglichkeiten gibt, werden sie in die Illegalität gedrängt.

und Perspektivlosigkeit wehrt und für Freiheit und Selbstbestimmung kämpft (Ziegelmayr 2015). Neben Zwangsmigration und Flucht prägen Mobilität und Migration die Regionen Westafrikas, Handelsbeziehungen sowie soziale und familiäre Beziehungen haben dabei wenig gemeinsam mit nationalen Grenzen. In vielen mobilen Bevölkerungsgruppen, beispielsweise bei den Soninke, die Gebiete im Senegal, Mali und Mauretanien bevölkern, ist Reisen bedeutendster Teil der Initiation junger Männer. Wer nicht von zu Hause fortgegangen ist, gilt nicht als Erwachsener. Guinea erhielt im Jahr 2014 internationale Aufmerksamkeit, als dort der Ausbruch des tödlichen Ebola-Virus festgestellt wurde. Die Ebola-Krise führte nicht nur die extrem schlechte medizinische Grundversorgung vor Augen, sondern auch die Haltung der politischen Elite, „die ihr Leben auf der Grundlage von Bergbau, Dividenden aus Entwicklungsprojekten und mit Hilfe eines repressiven Sicherheitsapparates jenseits der Lebensumstände des restlichen Landes eingerichtet hat“ (Schroven 2014). Die immensen Bodenschätze an Gold, Eisenerz und Bauxit werden seit der Kolonialzeit bis heute meist von ausländischen Unternehmen abgebaut. Die Gewinne kommen zwar der Regierung, nicht jedoch der Bevölkerung zugute. Durch die Tatsache, dass viele internationale Akteure, wie Firmen und Entwicklungsorganisationen, das Land nach Ausbruch der Krise verließen, fiel das Einkommen der Mittel- und Unterschicht. Die Preise, beispielsweise für Lebensmittel, stiegen drastisch, mit erdrückenden Folgen für die Bevölkerung, die sich in einer wirtschaftlich ohnehin äußerst schwierigen Lage befand. Aufgrund der gescheiterten Staatlichkeit, der systematischen Selbstbereicherung und dem Ruinieren der nationalen Wirtschaft in Guinea hat ein Großteil der Bevölkerung wenig bis kein Vertrauen in die Politiker und Beamten, was im Zuge der Ebola-Krise deutlich wurde: Den Informationen und Warnungen der Regierung wurde nicht geglaubt. Als Vermittler zwischen internationalen Hilfsorganisationen und der Bevölkerung konnten sie kaum agieren, ihr Auftreten schürte das fundamentale Misstrauen der Bevölkerung zusätzlich (ebd.). All dies führt zu schlechten Zukunftsperspektiven vieler junger Menschen in Guinea. Migration ist für sie die einzige Perspektive, dem Schicksal aus Armut und Unterdrückung zu entkommen. „La seule solution pour un Africain est de sortir de l’argent et d’aller en Europe (die einzige Lösung für einen Afrikaner ist es, Geld zu beschaffen und nach Europa zu gehen)“ bestätigte mir ein junger Student aus Guinea, der sein Land noch während des Studiums verließ und in Marokko auf ein Weiterkommen nach Europa hofft.

3. Afrikanische Migration im Spiegel europäischer Grenzpolitiken

Der Versuch selektiver Kontrolle, militärischer Aufrüstung und Abschottung kennzeichnen die europäische Grenzpolitik in Afrika zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Kontrolle verlagert sich dabei zunehmend auf die ehemaligen nordafrikanischen Kolonien, die sowohl als Herkunfts-, als auch Transitländer gelten. So finden seit 1990 regelmäßig Verhandlungen und Rückführungsabkommen mit der EU statt, die die Anrainerstaaten gegen Austausch von Geld und Privilegien zur Militarisierung und Schließung ihrer Grenzen bringen sollen. Diese neue Politik des „Migrationsmanagements“ zielt auf die „umfassende zwischenstaatliche Steuerung von Migration mit Hilfe zahlreicher internationaler Akteure und Verträge“ (Dünnwald 2015: 1). Der *migration-routes*-Ansatz bindet afrikanische Staaten in die Kontrolle ein und stellt einen Versuch der Konditionierung dar, weil die Entwicklungshilfe und die Handelsabkommen an die Erreichung der Ziele gekoppelt werden. Zudem versprechen die mit Tunesien und Marokko abgeschlossenen Mobilitätsabkommen im Gegenzug für effektive Verhinderung irregulärer Migration Visaerleichterungen für privilegierte Gruppen der eigenen Bevölkerung (Studierende, Geschäftsleute). Die EU knüpft dabei an ambivalente Einstellungen der nordafrikanischen Staaten hinsichtlich Migration aus Subsahara-Afrika an: Einerseits hat die Migration zwischen diesen Regionen eine lange Tradition und ist ein wichtiger ökonomischer Faktor. Zudem pflegen die Länder enge Handelsbeziehungen. Andererseits übernehmen nordafrikanische Staaten zunehmend die europäische Abwehrhaltung hinsichtlich Migration. Rassistische Spannungen, wie in allen Gesellschaften, die an der Versklavung schwarzer Menschen beteiligt waren, bleiben so weiterhin virulent und werden durch die Kriminalisierung von Subsahara-Migrant_innen sogar noch verstärkt. In das Migrationsmanagement eingebunden werden jedoch nicht nur nordafrikanische Staaten, sondern auch Staaten in Subsahara-Afrika. In Mauretanien sah diese „Steuerung aus der Ferne“ so aus, dass spanische Grenzschützer an die Strände entsandt wurden, um dort zu patrouillieren. Zusätzlich wurden staatliche Repressionen gegen Immigrant_innen in Mauretanien erlassen und ein Internierungslager für „Illegale“ in Betrieb genommen. Es gelang, die Migrationsroute auf die Kanarischen Inseln zu schließen. Die Nebeneffekte dieses „Erfolges“: Besonders westafrikanische Migrant_innen werden seit 2005 kollektiv der „illegalen Migration“ beschuldigt, verfolgt, verloren Anstellung und Wohnung und wurden des Landes verwiesen. (ebd.: 3). Dies wiederum führte zu dem derzeitigen Anstieg der westafrikanischen Migration nach Marokko. Migrant_innen lassen sich durch Grenzsicherungen nicht von ihrem Migrationsprojekt abbringen. Sie weichen stattdessen auf immer neue Routen aus, woraufhin die EU im Anschluss wieder versucht, die „Löcher im Zaun“ zu schließen. Erstaunlich ist dabei die

unverhältnismäßig hohe Aufmerksamkeit, die die zahlenmäßig relativ geringen Migrant_innen aus Subsahara-Afrika, sowohl politisch als auch medial, in den Ländern Europas erhalten. Von den ungefähr 120.000 Subsahara-Migrant_innen, die sich jährlich auf den Weg in die Maghreb-Staaten machen, erreichen nur einige zehntausend tatsächlich Europa. Andere bleiben, manchmal freiwillig, in den letzten Jahren jedoch immer mehr gezwungenermaßen, in den nordafrikanischen Staaten (vgl. de Haas 2008). Die einseitige Berichterstattung nährt weiter den Mythos der „afrikanischen Invasion“ und rechtfertigt Maßnahmen, die nicht nur mit hohen politischen und finanziellen Kosten, sondern auch mit Einschränkungen der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung verbunden sind. Beispielhaft dafür stehen die stundenlangen Grenzkontrollen und ein zunehmendes „Einmauern“ in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Marokko, die bereits heute zu den am besten befestigten Städten der Welt gehören (Lochbihler 2015: 9).

4. Marokko: geopolitischer und historischer Kontext

Nachdem Spanien dem Abkommen von Schengen im Jahre 1991 beitrug, übernahm es auch die Visumpflicht der EU. Zuvor war zumindest die saisonal bedingte, marokkanische Einwanderung unproblematisch, da vor allem in Andalusiens Landwirtschaft ein großer Bedarf an Arbeitskräften bestand. Die fast unüberwindbaren Hürden beim Erhalt eines Visums und der gleichzeitige große Bedarf an billigen Arbeitskräften zwangen ab dieser Zeit Menschen verstärkt zur sogenannten illegalen Migration. Der marokkanische Migrationsforscher Mohamed Khachani bezeichnet dies als „Handel mit Illusionen“ (zit. n. Holert/Terkesidis 2006: 39). Gemeint ist damit der auffordernde Charakter des europäischen Arbeitsmarktes, der nach billigen und flexiblen Arbeitskräften verlangt, neben dem Aspekt der Abwehr und Unerwünschtheit von Immigrant_innen. Diese „Einwanderung ohne Einwanderungspolitik“ führt zu immer größerer informeller und somit irregulärer Mobilität (2006: 46). Marokko gilt seit Jahrzehnten als Emigrationsland, etwa 2,5 Millionen Menschen marokkanischer Herkunft leben in der EU. Im Schnitt hat jeder zweite Haushalt ein Familienmitglied in Europa. Die immense Bedeutung der marokkanischen Emigration wird an der Höhe der Überweisungen nach Marokko deutlich: Das Land liegt auf Platz fünf der weltweiten Empfängerländer mit offiziellen jährlichen Rücküberweisungen in Höhe von 4,2 Milliarden US-Dollar (vgl. Heck 2008: 6). Nach einem Assoziationsabkommen im Jahre 2000 und im Zuge der verstärkten Abschottungspolitik Europas verpflichtete sich Marokko, die marokkanischen Staatsbürger_innen, die in Spanien ankommen, umgehend wieder zurückzunehmen. Sie werden oftmals

noch am gleichen Tag per Schiff nach Marokko abgeschoben (ebd.: 5ff). Dies, so bestätigte mir Abdoulaye aus dem Senegal, schüre zusätzlich den Neid und den Rassismus der marokkanischen Bevölkerung gegenüber den Subsahara-Migrant_innen, da diese, einmal in Europa, nicht zurückreisen müssen und einen Antrag auf Asyl stellen können. Die alltägliche Praxis der Deportationen von afrikanischen Migrant_innen blendete er dabei aus, wie die meisten meiner Informant_innen, völlig sicher, dass ihm das nicht passieren könne. Die verstärkten Kontrollen in Mauretanien seit 2005 sowie die damit einhergehende Kriminalisierung und Verfolgung von Migrant_innen aus Subsahara-Afrika führten dazu, dass sich viele dort nicht mehr sicher fühlten. Die Migrationsrouten verlagerten sich nach Marokko. In den Städten im Zentrum des Landes finden zwar einige Arbeit und lassen sich für längere Zeit nieder. Staatliche Repressionen sind jedoch an den Grenzorten Alltag, ein menschenwürdiges Leben wird erschwert. In meinen Gesprächen mit marokkanischen Polizisten und einem Vertreter einer marokkanischen NGO stellten sich diese am Ende meist als Opfer des europäischen Grenzregimes dar, das ihnen die Rolle als „Gendarmes de l’Europe“ zuwies. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Was die finanzielle und ökonomische Unterstützung aus Europa betrifft, hat Marokko vom Anstieg der Subsahara-Migration erheblich profitiert (vgl. El Qadim: 2007). Laut Zahlen von *Amnesty International* erhielt Marokko zwischen 2003 und 2010 insgesamt 67,6 Millionen an EU-Fördermitteln zur „Bekämpfung illegaler Migration“ (*Amnesty International* 2015). Zudem wird durch die Mobilitätsabkommen der Status marokkanischer Emigrant_innen verbessert, was sich wiederum positiv auf die Rücküberweisungen auswirkt, die die Höhe von Entwicklungszahlungen um ein Vielfaches übersteigen. Der Fokus auf die Subsahara-Migrant_innen lenkt zudem ab von der marokkanischen Emigration, die zahlenmäßig, sowohl regulär als auch irregulär, immer noch die umfangreichste von einem afrikanischen Land nach Europa darstellt (de Haas 2008: 13). In den letzten Jahren wurden die Kontrollen verstärkt und die europäischen Außengrenzen zunehmend militarisiert. Postkoloniale Grenzregimes und sozialtechnologische EU-Governance werden in die ehemaligen europäischen Kolonien in Nordafrika ausgeweitet und verbinden ökonomische Interessen, Symbolpolitiken und die Produktion von Wissen (Friese 2014: 199). In Marokko wird dieses Zusammenspiel von Macht und gegensätzlichen Interessen besonders deutlich. Gleichzeitig wurde es im Zuge der Militarisierung der europäischen Außengrenzen zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu Europas engstem Verbündeten in der Abwehr illegalisierter Migration. Was dies für die Lebens- und Arbeitssituation von Migrant_innen aus Subsahara-Afrika bedeutet, werde ich im Folgenden erläutern.

5. Die Ökonomie des Zwischenlandes

5.1. Ausgrenzung vom heimischen Arbeitsmarkt

Nach Abschluss des Mobilitätsabkommens mit Europa 2013 verpflichtete sich Marokko zu einer neuen Immigrationspolitik (Rat der Europäischen Union 2013). Das EU-Ziel war, Marokko für die dort „gestrandeten“ Migrant_innen von einem Transit- in ein Zielland zu verwandeln. Die Regierung startete im Jahre 2014 eine landesweite Regularisierungskampagne, die vor allem Frauen und Kindern einen regulären Aufenthaltsstatus ermöglichen sollte. Diese wurden bevorzugt behandelt und von einigen bürokratischen Hürden befreit. Die Hürden, diese sogenannte *carte de séjour* (Aufenthaltskarte) zu erhalten, waren jedoch so hoch, dass sie für die meisten regulären Antragsteller_innen unerreichbar waren. So muss entweder ein offizieller Arbeits- oder ein Mietvertrag eingereicht werden. Dies gestaltet sich als besonders schwierig, da Subsahara-Migrant_innen fast ausschließlich im informellen Sektor beschäftigt sind, zudem werden ihnen Zimmer von marokkanischen Vermieter_innen zu Wucherpreisen vermietet und sie bekommen oft keinen Mietvertrag, um sie bei Konflikten schnell wieder vor die Tür setzen zu können.

Ende 2014 wurde die Regularisierungskampagne beendet. Laut dem marokkanischen Innenministerium erhielten von 27.130 Antragsteller_innen 17.916 eine positive Antwort. Der Großteil der positiven Bescheide ging allerdings an Syrer_innen, die nach den Antragsteller_innen aus dem Senegal (28,5%) die zweitgrößte Gruppe darstellten (18%) (GADEM 2015: 19). Für sie ist es in Marokko leichter, die erforderlichen Kriterien zu erfüllen, da sie auch von der marokkanischen Bevölkerung wohlwollender aufgenommen werden, weil sie sowohl kulturell wie religiös näherstehen und als „echte“ Flüchtlinge wahrgenommen werden. Die vorhandenen Aufenthaltstitel laufen nach einem Jahr aus, wenn kein Arbeits- oder Mietvertrag vorgelegt werden kann. Auf dem Schwarzmarkt kann weiterhin eine „*carte de séjour*“ für 300 € erworben werden. Trotz des mäßigen Erfolgs der Regularisierungskampagne für Migrant_innen aus Subsahara-Afrika betonten einige von mir interviewte Migrant_innen die Wichtigkeit dieser Karte für ihr tägliches Leben, da sie vor Deportationen und Polizeiwillkür schützt. Sobald eine_r in der Gruppe, Wohngemeinschaft oder *community* eine *carte de séjour* erhalte, werde sie von vielen anderen mitgenutzt, bei Behördengängen, beim Weg ins Krankenhaus oder bei der Jobsuche. So nutzen die Migrant_innen den kolonialrassistischen Blick der einheimischen Bevölkerung auf schwarze Menschen zu ihrem Vorteil aus, nachdem alle „gleich“ aussehen. Bei der Arbeitssuche hilft die Aufenthaltsgenehmigung nur bedingt, da bei sozialpflichtigen Beschäftigungsverhältnissen die Unternehmen nachweisen müssen, dass kein_e marokkanische_r Staatsbürger_in mit den gleichen Qualifikationen gefunden

werden konnte. Im informellen Sektor, auf Baustellen oder an den Häfen, werden vor allem männliche Migranten als Tagelöhner bezahlt. Dabei verdienen sie deutlich weniger als Marokkaner, die die gleiche Arbeit verrichten. Gleichzeitig sind die raren Stellen als Tagelöhner einige der wenigen Beschäftigungsfelder, zu denen sie auf dem marokkanischen Arbeitsmarkt überhaupt Zugang haben.

5.2. Informelle Beschäftigungsfelder und „heimliches“ Arbeiten

Meine Feldforschung fand in Tanger im Norden des Landes statt. Unter Migrant_innen wird die Stadt auch „Tor zu Europa“ genannt. Als größte Hafenstadt Marokkos profitiert Tanger vom Handel mit Europa und einer prosperierenden Wirtschaft. Nur durch die Meereseenge von Gibraltar getrennt, sind die Küsten Spaniens an ihrem südlichsten Punkt gerade einmal 14 Kilometer von der marokkanischen Hafenstadt entfernt. Von den 15 von mir interviewten Personen gingen nur zwei einer bezahlten Tätigkeit im informellen Sektor nach. Abdoul aus Guinea war in einem touristischen Café einer Marokkanerin beschäftigt, die selbst viele Jahre in England lebte und als wohlhabende Rückkehrerin nun zur lokalen Oberschicht zählt. Abdouls Arbeitszeiten waren von acht Uhr am Morgen bis 21 Uhr am Abend. Dafür bekam er täglich umgerechnet etwa drei Euro am Tag (30 DH), die er jedoch jeden Abend für die Übernachtung in einem der schäbigen Motels ausgeben musste. Niemand aus der marokkanischen Bevölkerung würde für diesen Lohn arbeiten, so Abdoul während des Interviews, da im informellen Sektor in Marokko ein Tagessatz von 100 DH (ca. 10 €) üblich sei. Schließlich verließ er die Arbeitsstelle, nachdem seine Arbeitgeberin von ihm forderte, nach der Arbeit in der Küche des Lokals zusätzlich bei ihr zu Hause zu putzen. Er fand eine temporäre neue Arbeit auf einer Baustelle. Dort wurden ihm 70 DH (ca. 7 €) pro Tag gezahlt, was für ihn eine beträchtliche Verbesserung seiner Lage bedeutete. Als das Bauprojekt beendet war, fand er keine neue Anstellung und ging aufgrund fehlender Perspektive zu der Betreiberin des Restaurants zurück, er habe „pas de choix“, keine Wahl, wie er mir sagte. Eine der wenigen Möglichkeiten zum Gelderwerb für männliche Migranten wird von ihnen als „tourner la médina“ bezeichnet. Das bedeutet, dass sie immer wieder durch die Altstadt laufen, um in Kontakt mit Tourist_innen zu kommen. Sie bieten sich ihnen als Fremdenführer an oder versuchen, Accessoires oder Smartphones zu verkaufen. Dies ist besonders in Tanger ein gefährliches Unterfangen, da der Straßenverkauf für Migrant_innen hier verboten ist, obwohl es in der Vergangenheit üblich war, dass fliegende Händler aus Subsahara-Afrika nach Marokko reisten, um ihre Waren anzubieten, die auch bei den Einheimischen sehr beliebt sind. In anderen Teilen des Landes, wie in der Hauptstadt Rabat, gehören fliegende Händler aus dem Senegal zum Stadtbild. Die lokale Polizei in Tangier konfisziert regelmäßig

Waren und Gelder der Migranten, die durch Straßenverkaufversuchen, ein Einkommen zu generieren. Danach werden die Migranten oft deportiert oder mehrere hundert Kilometer entfernt ausgesetzt, von wo sie sich auf den beschwerlichen Rückweg machen. Da die Polizei ihnen meist ihr Geld abgenommen hat, verfügen sie über keine finanziellen Ressourcen. Diese polizeiliche Strategie erfüllt drei Funktionen: Erstens können sich die Beamten so selbst bereichern, zweitens „entfernen“ sie die Migranten, wenn auch nur für kurze Zeit, von den Grenzorten, und drittens nehmen sie meist Namen und Fingerabdrücke der jungen Männer auf, um die Daten anschließend an ihre europäischen Partner weiterzuleiten, und zwar mit dem Hinweis, einen weiteren Migranten am irregulären Grenzübertritt gehindert zu haben. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Zahlen über vermeintliche afrikanische Migrant_innen auf dem Weg nach Europa, die die marokkanischen Grenzschützer an die spanische Regierung weiterleiten, nicht den realen Grenzübertrittversuchen entsprechen. Auch hier wird der Mythos der Invasion weiter genährt, um den Status quo aufrechtzuerhalten und mehr finanzielle Hilfe zum „Grenzschutz“ zu erhalten. Das „heimliche“ Arbeiten ist für viele Migrant_innen in Marokko durch die Exklusion auf dem heimischen Arbeitsmarkt zum Alltag geworden: Am Flughafen Casablanca wurde ich auf die Subsahara-Migranten aufmerksam, die versuchten, ankommende Reisende anzusprechen und ihnen eine Taxifahrt in die Stadt anboten. Schließlich baten sie potenzielle Kund_innen, ihnen unbemerkt nach draußen zum Auto zu folgen, um nicht den Zorn der marokkanischen Taxifahrer oder die Aufmerksamkeit des Wachpersonals auf sich zu ziehen. Subsahara-Migrant_innen versuchen, Konflikten mit der marokkanischen Bevölkerung aus dem Weg zu gehen. Die von mir interviewten Migrant_innen waren zum Großteil selbst Muslime. Die wenigen Christen berichteten von religiösem Rassismus, dem sie sich ausgesetzt fühlen, da sie bei jedem Gespräch von der einheimischen Bevölkerung gefragt werden, ob sie Muslim seien. Deshalb gaben sie auch bei der Frage nach der Herkunft meist an, dass sie aus dem Senegal stammen, da Menschen aus dem Senegal den Ruf genießen, fromme Muslime zu sein. Dadurch hoffen sie, Diskriminierung zu entgehen und eventuell wohlgesonnene potenzielle Arbeitgeber_innen zu finden. Zudem pflegt der marokkanische König enge politische Beziehungen zum Senegal, dies führt auch dazu, dass senegalesische Migrant_innen bei Polizeikontrollen weniger staatliche Repressionen zu befürchten haben. Trotzdem werden auch sie Opfer des verstärkten Rassismus in Marokko gegen schwarze Migrant_innen, die in die neu geschaffene Kategorie der „Illegalen“ fallen und dadurch kriminalisiert werden. So wurden in jüngster Zeit auch die politischen Beziehungen zwischen den Ländern getrübt, durch mehrere rassistische Morde an Senegalesen durch Marokkaner, die nie aufgeklärt wurden. Frauen aus Subsahara-Afrika sind im Stadtbild meist nur beim Betteln sichtbar. Oft gehen sie in kleinen Gruppen, mit

ihren Babys und kleinen Kindern an der Hand oder um den Rücken gebunden, von Café zu Café, und bitten Einheimische und Reisende um Geld. Ismail, ein 28-jähriger Migrant aus Mali, berichtete mir, dass auch er jeden Freitag vor der Moschee stünde, Koran-Verse zitiere und um Geld bitte. Viele Moschee-Besucher seien entzückt über seine Arabisch-Kenntnisse, woraufhin sie besonders spendabel seien.

5.3. Im „Dschungel“ von Gourougou – Entstehung informeller Camps im Wald rund um die spanischen Landesgrenzen

Im Norden Marokkos, unweit der Hafenstadt Tangier, befindet sich eine der zwei spanischen Exklaven auf marokkanischem Hoheitsgebiet: Ceuta. Die Stadt ist umgeben von hohen Zäunen und Mauern, Checkpoints am Ein- und Ausgang der Stadt verwandeln das Passieren für Spanier_innen und Marokkaner_innen in eine stundenlange Odysee. Die marokkanische Bevölkerung, die in der unmittelbaren Umgebung wohnt, darf sich 24 Stunden lang in der spanischen Exklave aufhalten. Durch die Kriminalisierung der Subsahara-Migrant_innen dürfen sich diese nicht einmal dem Grenzübergang nähern. Einen Asylantrag können sie erst stellen, wenn sie spanischen Boden betreten. Gleichzeitig werden die Grenzübergänge streng bewacht. Migrant_innen versuchen also immer wieder, über den NATO-Stacheldraht³ auf spanisches Territorium zu gelangen. Die gleiche Situation herrscht an der 250 Kilometer weiter östlich gelegenen Hafenstadt Nador, die unmittelbar an die spanische Exklave Melilla angrenzt. In dem berüchtigten Wald von Gourougou, zwischen Nador und Melilla, lebten bis vor Kurzem mehrere hundert, meist männliche Migranten, die immer wieder versuchen, mit selbst gebauten Leitern über den sechs Meter hohen, stark bewachten Stacheldrahtzaun in die spanische Exklave zu gelangen. Gourougou gilt unter den Migrierenden als Endstation, wenn alle finanziellen Ressourcen erschöpft sind und die Verzweiflung groß ist. Denn einmal im „Dschungel“, wie er von ihnen genannt wird, leben sie von Abfällen, die sie nachts aus den Mülltonnen nahe gelegener Dörfer sammeln. Tagsüber stellen sich einige an die Straßen zum Betteln, immer auf der Hut vor der marokkanischen Polizei. Im Winter bekommen sie Decken und Spenden von der Caritas, zudem helfen marokkanische zivilgesellschaftliche Organisationen mit dem Nötigsten und kümmern sich um die medizinische Versorgung. Die Mitarbeiter_innen dieser Organisationen sind es auch, die nach missglückten „Attacken“ auf den

3 NATO-Stacheldraht sind Drahtrollen mit rasiermesserähnlichen Schneiden und hoher Verletzungsgefahr, die als zusätzliches Hindernis an dem herkömmlichen Stacheldrahtzaun befestigt werden.

Grenzzaun die oft schwer verletzten Migrant_innen ins Krankenhaus fahren, was jedes Mal einem Blutbad gleiche, so ein Caritas-Mitarbeiter zu mir. Die Migrant_innen werden nicht nur von marokkanischen und spanischen Grenzpatrouillen zu Boden gerissen, sondern auch mit Schlagstöcken malträtiert, wobei es immer wieder zu Todesfällen kommt. Während meines Aufenthalts in Nador traf ich zwei Männer aus Kamerun, 17 und 18 Jahre alt, die mit Knochenbrüchen an Beinen und Oberschenkeln auf der Krankenstation einer Kirche lagen. Nach ihrer Genesung wollen sie zurück „à la jungle“, so die jungen Männer, da sie kein Geld haben sei dies die einzige Möglichkeit, fortzukommen. Trotz der extremen Prekarität sind die Menschen in den Camps in den Wäldern von Gourougou sehr gut vernetzt und organisiert. Die verschiedenen Camps sind nach Nationalitäten getrennt, um Konflikte vorzubeugen, aber auch um schnell reagieren und im Ernstfall „umziehen“ zu können. Per Telefon warnen sie sich gegenseitig vor der anrückenden Polizei, und auch die „Attacken“ auf die Grenzzäune werden lange vorher vereinbart. Ihre einzige Chance, die andere Seite zu erreichen, liegt darin, die Grenzschrützer zahlenmäßig zu übertreffen. So kommt es, dass bis zu 500 Menschen gleichzeitig versuchen, die messerscharfen Nato-Stacheldrahtzäune zu überwinden. Die marokkanischen Grenzschrützer führen immer wieder drakonische Maßnahmen gegen die im Wald lebenden Menschen durch, verhaften sie, nur um sie danach wieder auf freien Fuß zu setzen – oder sie deportieren sie in die algerische Wüste. So sollen Handlungsfähigkeit, Souveränität und eine vermeintliche Kontrolle der Migrationsströme suggeriert werden, die de facto nicht existiert. Leidtragenden sind die Migrant_innen, deren einzige Wertsachen und die immer wieder mühsam aufgebauten Camps bei jeder Razzia zerstört und verbrannt werden. Gourougou gilt derzeit als „geschlossen“, da die Polizeieinsätze immer häufiger und brutaler wurden. Die Migrant_innen zogen weiter, in die Wälder vor Ceuta, zurück in die Städte oder nach Libyen, das als neues, wenn auch noch gefährlicheres, Nadelöhr nach Europa gilt.

5.4. Struktur und Betätigungsfelder im Schlepperwesen

In und um Tanger, mit seiner unmittelbaren Nähe zum spanischen Festland sowie einer Landesgrenze zur spanischen Exklave Ceuta, etablierte sich ein hochprofessionelles Schleusernetzwerk und ein darwinistisches System: Diejenigen, die dazu in der körperlichen Verfassung sind, wagen die gefährliche Attacke auf die Grenzzäune in die spanische Exklave. Für die wenigen, die über die nötigen finanziellen Ressourcen verfügen, dauert es nur wenige Tage oder Wochen bis zur Überfahrt nach Spanien. Der Preis beträgt zwischen 400 und 2.000 Euro in kleinen Motorbooten, in denen etwa 20 Personen Platz finden, wobei immer noch ein hohes Risiko besteht, von der marokkanischen Marine

aufgehalten zu werden, obwohl auch hier Schmiergeldzahlungen fließen. Für einen „garantierten“ Übertritt der Grenze muss man bis zu bis zu 5000 Euro bezahlen, versteckt in einem Auto wird man in die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla gebracht.

Ich stand mit einem Migranten aus Guinea auf der Straße, als neben ihm ein Auto mit drei marokkanischen Männern anhielt, die ihm anboten, ihn gegen eine Bezahlung von 4.500 Euro über die Landesgrenze in die spanischen Exklave Ceuta zu bringen. Diese marokkanischen Mittelsmänner verfügen über Kontakte zu den Grenzschutzbeamten_innen. Normalerweise wird jedes einzelne Auto beim Grenzübertritt sowohl auf spanischer als auch auf marokkanischer Seite streng kontrolliert, doch gegen entsprechende Zahlung sehen die Grenzbeamten_innen davon ab, den Kofferraum des jeweiligen Autos zu durchleuchten. Daneben gibt es eine Vielzahl anderer Möglichkeiten, die Migrant_innen auf dem Schwarzmarkt angeboten werden: von gefälschten Pässen oder europäischen Aufenthaltstiteln, die ihnen den Zutritt auf die Passagierboote, die täglich von Tanger nach Tarifa fahren, gewähren sollen, über *guides*, die ihnen anbieten, sie durch die marokkanischen Wälder zu führen, damit sie an entsprechender Stelle die Landesgrenze zu Ceuta im Meer schwimmend überwinden können. Sobald die Migrant_innen auf spanischem Boden stehen, haben sie das Recht, Asyl zu beantragen. Aufgrund weniger Meter verbringen sie oft Jahre mit Warten, mit dem Versuch, das nötige Geld zu beschaffen. Werden sie doch im letzten Moment am Grenzübertritt gehindert, sind alle Ersparnisse weg und es dauert oft weitere Jahre, bis sie es erneut versuchen können. Ich traf auf Migrant_innen aus Westafrika, die bereits seit zehn Jahren in Marokko sind und mittlerweile selbst als „Mittelsmänner“ im Schleuserbusiness aktiv sind. Dies erachten sie als lohnender, als selbst den Weg nach Europa auf sich zu nehmen, den sie längst bezahlen könnten. Sie verfügen über Kontakte zu den entsprechenden Stellen beim Militär, der Marine und der Polizei. Für die afrikanischen Mittelsmänner ist dies ein sehr lukratives Einkommen, was jedoch mit hohen Gefahren verbunden ist. Anders als die marokkanischen Mittelsmänner, sind sie von Racheakten anderer Migrant_innen bedroht, sollte die Überfahrt im letzten Moment doch verhindert werden, das Boot beispielsweise von der Hochseemarine gestoppt und zurückgebracht wird, obwohl die Wachposten am Strand bereits bezahlt wurden. Die vielen Möglichkeiten, die ihnen von marokkanischen Mittelsmännern immer angeboten werden, zeigen die Push-and-Pull-Faktoren, die Migrant_innen in Marokko halten. Eine Rückkehr in die Heimat ist auch nach mehrmaligem Scheitern für die meisten keine Option. Sie würde nicht nur ihre eigenen Hoffnungen, sondern auch die ihrer Familien zerstören. Scham und die fehlende Lebensperspektive im Heimatland sind dafür die Hauptgründe, aber auch die hohen Kosten der Rückreise. Falls sie über die benötigte Geldmenge verfügen, wird diese lieber für den erneuten

Versuch eines Grenzübertrittes ausgegeben. Da sie meist jedoch weder vor noch zurück können, spielt der Gelderwerb eine zentrale Rolle. Das Verhältnis zum marokkanischen Staat und zur Bevölkerung ist dabei von Ambivalenzen geprägt. Einem Pfand ähnlich werden Subsahara-Migrant_innen von der Regierung eingesetzt, um mehr finanzielle Ressourcen und Entwicklungshilfe von der EU zu bekommen. Gleichzeitig hat sich ein hochprofitables Schleuserbusiness entlang der Grenzorte etabliert, dessen Struktur tiefhineinreicht in Polizei, Grenzschutz, Marine und Militär. Mein Informant Camara aus Guinea drückte es so aus: „Sie wollen nicht, dass wir hierbleiben und sie wollen nicht, dass wir gehen“. Die Durchlässigkeit der spanisch-marokkanischen Grenzen ist dabei von großer Bedeutung, sowohl für Migrant_innen als auch für Schleuser_innen, für die die Grenze eine wichtige Ressource zur Mehrung und Sicherung ihres Wohlstandes darstellt. Dabei verschränken sich repressive Politik und illegalisierte Migration, da die von Europa forcierte offizielle Grenzschließung viele andere, informelle Wege öffnet und das Schleppergeschäft immer noch profitabler und somit professioneller macht. Bei der großen Anzahl der Akteure, die in vielen lokalen Strukturen verankert sind, Migrant_innen involvieren und sich immer wieder spontan ändern, ist eine Kontrolle kaum möglich und schließlich auch nicht erwünscht. Da vom Grenzgeschäft sowohl der marokkanische Staat profitiert als auch die europäischen Rüstungsunternehmen, wie Airbus oder Finmeccanica, die den Bau der Grenzanlagen durchführen.

Hoffnung und Geduld spielen in der Lebenshaltung der Migrant_innen eine wichtige Rolle. Je schwieriger ihre Lebensbedingungen sind, desto mehr idealisieren sie Europa als Sehnsuchtsort und El Dorado. Diejenigen, die von Rassismus und anderen sozialen und wirtschaftlichen Problemen in den europäischen Ländern wissen, betonten in Gesprächen immer wieder: „In Europa respektiert man wenigstens die Menschenrechte“. Dies hörte ich vor allem von Transmigrant_innen, die in Mauretanien in sklavenähnlichen Ausbeutungsverhältnissen arbeiten mussten oder von marokkanischen Polizist_innen bestohlen wurden.

5.5. Transnationale Beziehungen als Überlebenssicherung

Der Tod ist ein ständiger Begleiter für Subsahara-Migrant_innen in Marokko. Der 28-jährige Ismail aus der Elfenbeinküste verlor bereits zwei Freunde während seines Migrationsprojekts: Einer ertrank bei dem Versuch, schwimmend die spanische Exklave Ceuta zu erreichen, ein anderer fiel aus dem vierten Stockwerk, als er vor einer Polizeirazzia in Tanger floh. Die psychische Verfassung vieler Migrant_innen ist nach den vielen Jahren gefangen vor den Toren Europas oft desolat. Viele sind psychisch stark belastet und versuchen, mit günstig erhältlichen Drogen, etwa Marihuana, ihrem Alltag für einige Stunden zu entkommen.

Aufgrund der Exklusion vom marokkanischen Arbeitsmarkt überleben die meisten der von mir interviewten Subsahara-Migrant_innen durch Transferüberweisungen, die sie oft aus größten und lebensbedrohlichen Notlagen retten. Diese kommen jedoch nicht immer von einem Familienmitglied oder von Freund_innen in Europa, sondern oft von Verwandten in Subsahara-Afrika. Eine Informantin aus Mali, von der ein Bruder in Paris und einer in Bamako lebt, erhält eine monatliche Transferüberweisung von ihrem Bruder aus Bamako, mit der sie zumindest ihr kleines Zimmer in Tanger bezahlen kann (500 DH, etwa 50 €). Bei anderen jungen Männern sind es vor allem die Mütter, die ihnen einen Großteil ihres spärlichen Einkommens schicken. Dies setzt die Migrant_innen zusätzlich unter Druck und löst Gefühle von Scham aus, da sie selbst loszogen, um ihre Eltern finanziell unterstützen zu können. Zudem wird die Widersprüchlichkeit durch die Richtung der Geldströme deutlich, die abermals von den Rändern des globalisierten Kapitalismus in Richtung Zentrum und in diejenigen postkolonialen Staaten fließen, die als Handlanger des europäischen Grenzregimes Migrant_innen gewaltsam am Weiterkommen hindern. Durch etablierte Strukturen und die unmittelbare Nähe zu Europa gilt Tanger zudem als Drehscheibe der Prostitution. Die Migrant_innen, die Beziehungen zu europäischen Reisenden etablieren konnten, profitieren zwar von deren sozialem und wirtschaftlichem Kapital, allerdings basieren diese Abhängigkeitsbeziehungen oft auf sexueller Ausbeutung ohne Perspektive auf einen Ausweg aus ihrer Lage. Einer meiner Informanten aus dem Senegal lebt in Tanger im Ferienhaus eines älteren Franzosen, der dort alle zwei Monate seinen Urlaub verbringt. Zusätzlich erhält er von dem Franzosen regelmäßig Geld per Western-Union-Überweisung. Als Gegenleistung fordert sein französischer „patron“, wie er ihn nennt, sexuelle Gefälligkeiten von ihm sowie eine Rundum-Betreuung und -Begleitung während seiner häufigen Trips nach Tanger. Ismail aus der Elfenbeinküste berichtete mir von einer älteren Spanierin, mit der er eine romantische Beziehung einging. Bei jedem ihrer Besuche versprach sie ihm, mit ihm auf die spanische Botschaft zu gehen, um für ihn ein Visum zu beantragen und zu versuchen, ihm eine legale Einreise zu ermöglichen, was jedoch nie geschah. Lange Zeit unterstützte sie ihn finanziell per Transferüberweisung, vor Kurzem beendete sie die Beziehung jedoch abrupt aus der Ferne.

Trotz der aussichtslosen Situation in Marokko war keine der von mir interviewten Personen bereit, das Migrationsprojekt aufzugeben. „Außerdem gibt es hier in Marokko keine Arbeit“, war eine der häufigsten Aussagen der von mir interviewten Personen. Eine freiwillige Rückkehr kam einzig für die Frauen infrage, für die Männer war dies absolut ausgeschlossen. Die Scham sei zu groß, man würde sich zum Gespött machen und jeglichen Respekt verlieren, wenn man mit leeren Händen nach Hause zurückkehre. „In Afrika mag man dich nicht,

wenn du kein Geld hast“, so Kader aus Guinea, der seit fünf Jahren in Marokko auf eine Möglichkeit wartet, nach Europa zu gelangen. Seinen Lebensunterhalt bestreitet er einzig durch Transferüberweisungen.

6. Fazit

Die militarisierte Abschottungspolitik Marokkos und der EU führt nicht dazu, Subsahara-Migrant_innen von ihrem Migrationsvorhaben abzubringen. Sie verbringen stattdessen viele Jahre in Marokko, angezogen von der Durchlässigkeit der Grenzen und den ständigen Angeboten durch das flächendeckend organisierte Schlepperwesen. Je militarisierter der Kampf des europäischen Migrationsregimes gegen illegalisierte Grenzübertritte geführt wird, desto mehr kommt es zu einer Militarisierung und Professionalisierung der Flüchtlingsschmuggler. Diese haben jedoch wenig gemein mit dem medial vermittelnden Bild einer global agierenden Mafia-Organisation, sondern entstehen oft spontan, aus lokalen Strukturen, in denen Migrant_innen selbst als Anwerber_innen tätig sind. Dies stellt für sie eine der wenigen Möglichkeiten des Gelderwerbs dar, der über eine bloße Überlebenssicherung hinausgeht. Weil die Migrant_innen vom nationalen Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, betätigen sich viele in informellen Beschäftigungsfeldern. So hat sich im Transitland Marokko eine Ökonomie des Zwischenlandes entwickelt, in der Migrant_innen ihr Überleben jenseits des traditionellen Arbeitsmarktes durch verschiedene ökonomische Aktivitäten sichern. Ihr Migrationsprojekt ist dabei abhängig von den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen sowie von ihren transnationalen Beziehungen, da die hohen Summen, die für die „Passage“ benötigt werden, meist nur durch Überweisungen aus dem Ausland generiert werden können.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Externalisierung des europäischen Grenzregimes auf kurze Sicht Erfolge zu erzielen scheint, die Migrant_innen jedoch nicht von ihrem Migrationsvorhaben abbringt. Zudem ist fraglich, ob die Akteure des europäischen und nordafrikanischen Grenzregimes wirklich daran interessiert sind, die Migration zu stoppen. Schließlich ist die europäische Rüstungsindustrie Hauptprofiteur der immer teureren und immer stärker militarisierten Grenzanlagen. Meine Forschungsergebnisse legen nahe, dass die Militarisierung der europäischen Außengrenzen jedoch wenig Einfluss auf das Migrationsvorhaben der Migrant_innen hat, da ihre Flucht von strukturellen Gründen, wie Armut, Krieg, Verfolgung oder Perspektivlosigkeit abhängt. Marokko profitiert sowohl von den Strukturhilfen aus der EU als auch von den vielen tausend Subsahara-Migrant_innen im Land, sei es durch die billige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, durch die hohen Summen an Transferüberweisungen, die in

die nationale Wirtschaft investiert werden oder durch überbezahlte Vermietung von Unterkünften.

Indem sich die Migrationspolitik auf die „Gefahrenabwehr“ konzentriert, geraten jedoch die Fluchtursachen aus dem Fokus, die gerade im Zentrum sein sollten, etwa die europäische Handels-, Fischerei-, und Agrarpolitik oder die ausstehenden Reparationszahlungen infolge des europäischen Kolonialismus und der begangenen Verbrechen. Migration ist kein Sicherheitsproblem, sondern Normalität in einer global vernetzten, von sozialen Ungleichheiten geprägten Welt. Menschen ließen sich zu keiner Zeit von ihrem Migrationsprojekt abbringen. Daher bedarf es dringend einer neuen Perspektive auf Migration, die dieses als universelles Menschenrecht anerkennt und nicht durch einseitige Investitionen in militärische Aufrüstung und Abwehr weiter verhindert.

Literatur

- Amnesty International (2015): Zahlen und Fakten: Europäische Abschottung führt zu Menschenrechtsverletzungen und bringt Flüchtlinge in Lebensgefahr. URL: [amnesty.at/de/view/files/download/showDownload/?tool=12&feld=download&sprach_connect=354](https://www.amnesty.at/de/view/files/download/showDownload/?tool=12&feld=download&sprach_connect=354), Zugriff: 27.3.2016.
- Dünnwald, Stefan (2015): Remote Control? Europäisches Migrationsmanagement in Mauretanien und Mali. In: *Movements: Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1(1): 1-32.
- De Haas, Hein (2008): The myth of the invasion. Irregular migration from Westafrica to the Magreb and the European Union. In: *Third World Quarterly* 29(7): 1305-1322.
- El Qadim, Nora (2007) *Gérer les migrations: Renouveau d'un objet de négociations entre le Maroc et les pays Européens*, Genf.
- Friese, Heidrun (2014): *Grenzen der Gastfreundschaft*, Bielefeld.
- GADEM, Groupe Antiraciste d'accompagnement et de défense des étrangers et migrants (2015): Maroc. Entre rafles et régularisations. Bilan d'une politique migratoire indécise. URL: [gadem-asso.org/Rapport-FIDH-et-GADEM-Maroc-entre](https://www.gadem-asso.org/Rapport-FIDH-et-GADEM-Maroc-entre), Zugriff: 27.2.2016.
- Heck, Gerda (2008): „Managing Migration“ vor den Grenzen Europas: Das Beispiel Marokko. In: *COMCAD 2008: Working Papers Centre on Migration, Citizenship and Development*; 45).
- Holert, Tom/Terkessidis, Mark (2006): *Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung – Von Migranten und Touristen*, Köln.
- Lochbihler, Barbara (2015): Eine Festung namens Europa: Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen der Europäischen Union. URL: [barbara-lochbihler.de/fileadmin/user_upload/pdf/2015/150429-Barbara_Lochbihler-Eine_Festung_namens_Europa.pdf](https://www.barbara-lochbihler.de/fileadmin/user_upload/pdf/2015/150429-Barbara_Lochbihler-Eine_Festung_namens_Europa.pdf), Zugriff: 15.2.2016.
- Rat der Europäischen Union (2013) Migrationsabkommen zur Steuerung von Migration und Mobilität. URL: [ffm-online.org/wp-content/uploads/2013/06/marokko_06139.pdf](https://www ffm-online.org/wp-content/uploads/2013/06/marokko_06139.pdf), Zugriff: 21.02.2016.
- Schroven, Anita (2014): Ebola in Guinea: Zustandsanalyse eines erkrankten Staatskörpers. In: *Medizinetnologie*. URL: [medizinetnologie.net/ebola-in-guinea](https://www.medizinetnologie.net/ebola-in-guinea), Zugriff: 26.3.2016.
- Ziegelmayr, Usha (2015): „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“ URL: [boell.de/de/2015/04/07/wir-sind-hier-weil-ihr-unsere-laender-zerstoert](https://www.boell.de/2015/04/07/wir-sind-hier-weil-ihr-unsere-laender-zerstoert), Zugriff: 28.3.2016.